

Laboer Wählergemeinschaft – Dorfstr.3 – 24235 Laboe

An die/den
Vorsitzenden des Bauausschusses Herrn Giesler
Vorsitzenden des Finanzausschusses Herr Slenczek
Vorsitzende des BSKS Frau Hey
Bürgermeister Herrn Wenzel
Amtsdirektor Herrn Körber
sowie zur Kenntnis an die Fraktionsvorsitzenden

Datum: 12.02.19

Antrag der Fraktion der LWG im BA, FA, BSKS

Betrifft: ehemalige Polizei, Jugendzentrum

Sachverhalt:

Nachdem trotz umfangreicher Proteste die Polizeistation in Laboe im Oktober 2016 geschlossen wurde, stand diese in der Folge zum Verkauf. In der GV wurde daraufhin beschlossen, das Gebäude zu kaufen, ehe es in private Hände gelangt und so als Nutzfläche für die Gemeinde verloren geht. Nachdem klar war, dass die Polizei definitiv nicht wieder geöffnet werden würde, wurden im Rahmen des BSKS-Arbeitskreises für Haus 1 Möglichkeiten erörtert und Begehungen fanden statt. Dabei ist es bisher geblieben, die „große Gesamtlösung“ des gesamten Schulkomplexes steht aus, und bedarf wohl auch noch einiger Planungs- und ggf. auch Bauzeit.

Bei einer Begehung durch Fraktionsmitglieder der LWG im Dezember 2018 führte der sehr gute Zustand des Gebäudes zu Verwunderung ob des langen Leerstandes. (nach Augenschein: Heizung relativ neu, Stromversorgung dem Stand der Technik entsprechend, Keller trocken, Fenster älter aber funktional, Erdgeschoss: 2 separate Toiletten und eine Küche, OG: 2 Toiletten)

Andererseits wurde über die Situation (Platzbedarf und Lautstärke z.B. in der Aula) der OGTS in verschiedenen Gremien immer wieder berichtet, die Situation ist als akut für Personal und Schüler(*innen) zu bezeichnen, dies bei steigenden Nutzer (*innen) zahl.

Nun ist das Polizeigebäude für die OGTS nur mittelbar geeignet, da der Weg dorthin über einen schmalen Bürgersteig an einer dicht befahrenen Straße führt und das Schulgelände dafür verlassen werden muss.

Eine naheliegende Lösung wäre der Umzug des Jugendzentrums in das 1. OG der Polizei. Die untere Etage wäre dann für den Turnverein bzw. die Volkshochschule (bis auf 4 Stufen weitgehend barrierefrei- bei Bedarf wird es auch dafür eine Lösung geben) frei und könnte so z.B. älteren Mitbürgern für Kurse zur Verfügung stehen, denen die Bewältigung der Treppen im Beke-Sellmer Haus schwer fällt. Hier stehen auch einige freie Parkplätze zur Verfügung.

Dann stünde das Gebäude des jetzigen Jugendzentrums uneingeschränkt der OGTS zur Verfügung, getreu dem Motto „kurze Beine- kurze Wege“ weil es praktisch über den Schulhof zur erreichen ist. Auch der bisher komplett fehlende Personalraum für die Mitarbeiter sowie Lagermöglichkeiten für Kursmaterial wären vorhanden, im Dachboden gibt es zudem Ausbaureserven bei weiterem Raumbedarf.

Nach Sichtung alter Baupläne ist auch ein 2.Fluchtweg kein großes Hindernis- es gab früher offensichtlich einen Durchgang zum anderen Treppenhaus, in dem sich die Küche und Werkräume befinden.

Da das Thema drängt und eine Verbesserung bis spätestens zum neuen Schuljahr 2019/2020 angestrebt werden sollte wird folgendes Vorgehen vorgeschlagen:

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah die notwendigen Maßnahmen zum Umzug des Jugendzentrums in das OG der alten Polizei zu ergreifen. (Gartennutzung inklusive)
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der VHS bzw. dem Turnverein aufzunehmen bezüglich der möglichen Nutzung (nahezu barrierefreie Kursräume) des EG der ehemaligen Polizei.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah die nicht genutzten Parkplätze an der ehemaligen Polizei freizugeben und mit Schildern (Parkscheibe/ 2 Stunden frei) auszustatten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah die Garage an der ehemaligen Polizei zu vermieten und so Einnahmen für die Gemeinde zu generieren.
5. Die Verwaltung wird beauftragt ,mit Hilfe eines Sachverständigen den Aufwand und die Kosten der Renovierung sowie der gesetzlichen Auflagen (Brandschutztüren, Fluchtwege oder ähnliches) im jetzigen Jugendzentrum zu ermitteln, wenn die OGTS diese Räume in Zukunft nutzen sollte (evtl. inklusive Dachgeschoss) und dies nach Abstimmung mit den Gremien Schritt für Schritt umzusetzen, damit mit Beginn des neuen Schuljahres diese Räume zur Verfügung stehen.
6. Dabei sollten natürlich Fördermöglichkeiten bzw. Zuschüsse für die jeweiligen Maßnahmen eruiert werden.
7. Die Kosten sind im Haushalt 2019 als Nachtrag einzuplanen, wenn nicht durch den Umzug der OGTS die für die Schule geplanten Lärmschutzmaßnahmen in Höhe von 57.300 € (Kostenstelle 95000 im Vermögenshaushalt) teilweise (Aula) überflüssig werden.

Fraktion der LWG